

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 33 (1992)  
**Heft:** 16

**Artikel:** Trotz allem Optimismus am Platz : auch in ausweglosen Situationen muss man einen Ausweg finden  
**Autor:** Gaidar, Jegor  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093163>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Der russische Ministerpräsident Jegor Gaidar

## Trotz allem Optimismus am Platz

Auch in ausweglosen Situationen muss man einen Ausweg finden

Ein grundsätzlicher Unterschied der jetzigen Reform in Russland von den früheren, die nach den Beschlüssen von Partei und Regierung durchgeführt wurden, besteht darin, dass jene «Halbformen» vom wirtschaftlichen Weltgeschehen isoliert waren und vom Prinzip der «Stütze auf eigene Kräfte» ausgingen. Und schon in dieser hervorgehobenen «ideologisch-wirtschaftlichen Souveränität» lag der Virus des Zusammenbruchs. Die ihrem Wesen nach sozialistische Wirtschaft erschien jedesmal als unreformierbar.

Die heutigen, von ideologischen Vorurteilen freien Reformpolitiker versuchen, die russische Wirtschaft nicht in Worten (wie in der Zeit der sowjetischen Perestrojka), sondern in der Tat in die wirtschaftliche Weltgemeinschaft einzuschliessen. Was auch die «Patrioten» über den Verrat der Nationalinteressen sagen mögen, die Reformer werden in diesem Falle von einem rein pragmatischen Interesse getrieben: Nur die westliche Hilfe, nicht nur die intellektuelle in Form eines «Erfahrungsaustausches», sondern die materielle, aus Milliarden Dollar bestehende ermöglicht endlich die Reform unserer «unlogischen» Wirtschaft. Ob dies gelingt, ob wir genug Geduld und sie genug Geld haben, zeigt die nächste Zeit. Aber schon jetzt liegt das Verdienst der Reformregierung in der Aufrichtigkeit und Offenheit, mit denen sie diesen Kurs steuert.

### Zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation

Wenn jemand im Dezember, wo alles begonnen hat, mir gesagt hätte, dass wir im Juni so ruhig den Reformverlauf besprechen werden und die Kennziffern in der Industrie und Landwirtschaft so sein werden, wie sie jetzt sind, hätte ich diesen Menschen für einen unverbesserlichen Optimisten gehalten, der weder die Tiefe der Krise noch den Preis versteht, der dafür zu bezahlen ist. Im grossen und ganzen ist in der Produktion nichts dramatisches passiert. Die Situation ist zwar kritisch. Der Rückgang ist tatsächlich da. Er ist aber geringer als angenommen wurde. Ich würde vorziehen, dass er

beim Erdöl, bei technisch komplizierten Waren des Dauergebrauchs und beim Fleisch nicht so stark wäre. Die Struktur des Rückgangs ist nicht gleichartig. Ich kann mich z. B. mit einer noch grösseren Abnahme der Produktion einiger Rüstungsarten abfinden. Der allgemeine Produktionsrückgang ist absolut unvermeidlich, er wird wenigstens dieses ganze Jahr andauern. Man muss darüber hinaus berücksichtigen, dass er nicht seit Januar 1992, sondern mindestens seit 1988 stattfindet. Wir mussten sehr teuer für den früheren Verzicht auf Reformen bezahlen und jetzt für

den zu späten Anfang der Reformen. Ja, in der Reform tauchen immer wieder neue dramatische Umstände auf, beispielsweise der Bargeldmangel. Ja, die Situation in der GUS ist kompliziert. Trotzdem, ich wiederhole, es gibt keine Katastrophe im Produktionsbereich.

Obwohl im Kongress der Volksabgeordneten eine den Reformkurs unterstützende Deklaration angenommen wurde, folgen die Parlamentarier dem Geist eines früheren Beschlusses, der der Deklaration im wesentlichen widerspricht. Der

Oberste Sowjet scheint alle grundsätzlichen Vorschläge der Regierung absichtlich zu blockieren. Aber auch in ausweglosen Situationen muss man einen Ausweg sichern. Der Oberste Sowjet hat leider das Gesetz über Konkurse nicht angenommen. Betriebe, die von niemandem gefragte Produkte herstellen oder ihre Waren zu Überpreisen anbieten, handeln deshalb weiter auf dieselbe Weise. In einer solchen Situation ist kaum zu erwarten, dass sie die Preise freiwillig herabsetzen, die Produktion wechseln oder ihr überflüssiges Vermögen verkaufen.



«Wo sehen Sie den Ausweg aus der Krise?» («Iswestija», 4. 6. 92)

Wahrscheinlich werden sie das Gut-schreiben ihrer Schulden, Budget-subventionen oder billige Kredite er-warten und durch ihre Lobby im Par-lament verlangen. Eigentlich passiert das schon jetzt. Aber auf Schulden-gutachten, Milliardensubventionen und billige Kredite zu bestehen und zugleich die Hemmung der Inflation zu fordern, ist ein wirtschaftlicher Wahnsinn und eine unlösbare Auf-gabe. Trotzdem bin ich kein Anhänger hoffnungsloser Diagnosen. Man muss immer wieder verhandeln und überzeugen. Auch die «hoffnungslo-sesten» Opponenten akzeptieren manchmal unsere Argumente.

Ja, das Bankrottgesetz ist gescheitert, aber es gibt das Gesetz «Über Betrie-be und Unternehmen», das die Mög-lichkeiten schafft, potentielle Bank-rotteure zu beeinflussen. Man sagt, dass das Privatisierungsprogramm aufgeschoben wurde. Aber der ent-sprechende Präsidentenerlass ist in Kraft und lässt den schon begonne-nen Prozess nicht aufhalten.

Natürlich bringt das zusätzliche Schwierigkeiten und bremst die Re-form, aber die Lage ist meiner Mei-nung nach nicht hoffnungslos, und wir werden für alle annehmbare Kompromisslösungen finden.

## Ausführung der Regierungsbeschlüsse

Die Ausführungsdisziplin verändert sich mit der Zeit ziemlich bemer-kenswert. Unmittelbar vor dem Kon-gress der Volksabgeordneten wurden unsere Abmachungen praktisch nicht erfüllt. Offenbar wurde ein Regie-rungswechsel erwartet... Nach dem Kongress hat der Ausführungsgrad stark zugenommen. Man muss aber sagen, dass wir auch in absehbarer Zukunft kein solches System haben werden, auf das der ganze alte Wirt-schaftsmechanismus sich stützte — das System des ausserwirtschaftli-chen Zwangs, der Parteikontrolle, der Bestrebung und der Einschüchte-rung der Schuldigen. Zum Glück ha-ben wir uns davon verabschiedet, aber der Preis dieses Glücks ist recht hoch. Es gibt noch keinen neuen und genügend effektiven Vollzugsmecha-nismus.

Jedenfalls ist jetzt die Beherrschung der Situation wesentlich höher als im Dezember, als ich persönlich ein wahres Chaos spürte und keine Mit-tel funktionierten.

Die Mannschaft der Regierung kann nicht ganz unverändert bleiben. Eine andere Sache ist die Aufrechterhal-tung der Politik, die Unveränderlich-keit des Reformkurses. Ich meine, dass dieser Kurs zurzeit unverändert bleibt. Die Bekämpfung der Korrup-tion ist in der Regel ein Stellungs-krieg: Hier gibt es keine leichten Sie-ge und glänzenden Erfolge. Ausser-dem lässt die Unvollkommenheit un-serer Rechtsgrundlagen, die auf die einzigartigen Bedingungen des Über-gangs zur Marktwirtschaft nicht zu-geschnitten sind, die Verwendung traditioneller Methoden nicht zu. Die Justizorgane können nicht immer solche Verbrechen bekämpfen. Deshalb wurde bei der Regierung die Kommission für Finanzrechtskon-trolle geschaffen, die durch amtliche Untersuchungen in der letzten Zeit eine Reihe grosser Transfergeschäfte verunmöglicht hat. Hinter jeder der-artigen Operation stecken Geschäfte der Beamten mit Interessenten. Zwar gibt es keine Bestechungen der alten Art mehr, als man einfach ei-nen Koffer mit Geld brachte. Jetzt schliesst man fiktive Verträge zwi-schen geschäftlichen Strukturen, überweist Geld von einem Konto auf ein anderes — und so ist es praktisch unmöglich, auch das letzte Glied ei-ner Kette mit den üblichen Ermitt-lungsmethoden zu finden.

Die Kommission hat dem Staat Dut-zende von Millionen Rubel und eine Menge erstklassiger Rechenmaschi-nen zurückerstattet, die bei der Auf-lösung des ehemaligen Wirtschafts-ministeriums Russlands verschwun-den waren. Es wird auch eine Arbeit zur Rückkehr des Geldes durchge-führt, das illegal ins Ausland geraten ist.

Wenn man über politische Verpflich-tungen der Regierung spricht, so ha-be ich mich immer zu den ausführli-chen Reformprogrammen skeptisch verhalten. Wenn man sich damit in der Praxis zu befassen beginnt, ver-steht man, was für eine unsichere Sa-che das ist. Die Leute brauchen na-

türlich Versprechungen. Ich meine aber, dass hier eine gewisse «Arbeits-teilung» erforderlich ist: Die Politi-ker dürfen versprechen, die Fachleu-te müssen verwirklichen.

Als Hauptleistung der Regierung im letzten Jahr betrachte ich die Tatsa-che, dass wir den gordischen Knoten der Unentschlossenheit durchgeha-ven haben, als die Reformpolitiker über Reformen sprachen, aber nicht genug Mut hatten, damit anzufan-gen. Das betrifft vor allem die Preise. Man hat aus der angeblichen Un-möglichkeit ihrer Liberalisierung we-gen der Gefahr einer «sozialen Ex-plosion» einen wahren Fetisch ge-macht. Es war die Unentschlossen-heit auf diesem Gebiet, die u. a. die Wirtschaftspolitik zugrunde gerichtet hat.

Es ist uns gelungen, dieses Hindernis zu überwinden, und — was am wich-tigsten ist — dies ohne grosse soziale Erschütterungen, mit riesigen An-strengungen, aber ohne viel Blut und Hyperinflation. Man spricht jetzt viel über die Hyperinflation, aber ihre Wahrscheinlichkeit ist heute bei weitem geringer als im Dezember des Vorjahres, als sie fast unausweichlich schien.

Dank der Liberalisierung ist jetzt ei-ne Rückkehr zur alten Wirtschaft praktisch unmöglich. Und nicht nur in der Wirtschaft sind unumkehrbare Vorgänge erfolgt. Auch zur alten ge-sellschaftlichen Ordnung kann man nicht mehr zurückkehren.

Ich glaube nicht an eine Restaurati-on des Totalitarismus, obwohl ich theoretisch nicht ausschliesse, dass in Russland unter bestimmten Bedin-gungen eine Art faschistisches Re-gime entstehen kann, das eine milita-risierte Wirtschaft haben würde und bedeutend schlimmer als das Pino-chet-Regime wäre. Aber wenn auch die Tyrannei im Prinzip restaurierbar ist, ist es unmöglich, eine relativ sta-bile Gesellschaft (wie zu Breschnews Zeit) bzw. ein stalinistisches Regime wiederherzustellen. Es gibt keine «grosse Idee» mehr, auf die sich alles gestützt hat. Die Menschen sind an-ders geworden. ■

## Bestellschein für zeitbild

Ich bestelle ein Jahresabonnement **zeitbild** zu Fr. 59.–  
(Ausland sFr. 65.–/DM 74.–). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an **zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6